

<b>Protokoll:</b>	<b>Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	207
		<b>TOP:</b>	1a
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	589/2019 mit Ergänzung
		<b>GZ:</b>	WFB 9318
<b>Sitzungstermin:</b>	25.07.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	OB Kuhn		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Sabbagh / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Aufstellung Jahresabschluss 2018</b>		

Vorgang: Verwaltungsausschuss vom 17.07.2019, öffentlich, Nr. 380  
Ergebnis: Beratung

Gemeinderat vom 18.07.2019, öffentlich, Nr. 189  
Ergebnis: Vertagung

Verwaltungsausschuss vom 24.07.2019, öffentlich, Nr. 414  
Ergebnis: mehrheitliche Zustimmung mit Änderung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 09.07.2019, GR Drs 589/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Aufstellung des Jahresabschlusses 2018, unter Berücksichtigung der Festlegungen in den nachstehenden Ziffern 1 - 7, wird zugestimmt:

**1. Ergebnisrechnung / Verwendung Jahresüberschuss 2018 (Anlage 1)**

1.1 Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von **525,7 Mio. EUR** ab:

Ordentliche Erträge	3.719.648.505,17	EUR
Ordentliche Aufwendungen	3.213.824.406,92	EUR
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>505.824.098,25</b>	<b>EUR</b>
Außerordentliche Erträge	36.349.528,77	EUR
Außerordentliche Aufwendungen	16.474.114,50	EUR
<b>Sonderergebnis</b>	<b>19.875.414,27</b>	<b>EUR</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>525.699.512,52</b>	<b>EUR</b>
nachrichtlich: konsumtive Ermächtigungsübertragungen 2018	133.885.796,44	EUR

<b>Ergebnisverwendung:</b>		
Zuführung Stiftungskapital	-138.004,70	EUR
Entnahme Stiftungskapital	59.184,21	EUR
<b>Summe Veränderungen Basiskapital</b>	<b>-78.820,49</b>	<b>EUR</b>
Zuführung Rücklage Übersch. d. ordentl. Erg.	-505.243.815,39	EUR
Zuführung Rücklage Übersch. d. a.o. Erg.	-19.684.920,50	EUR
<b>Summe Veränderungen Ergebnisrücklagen</b>	<b>-524.928.735,89</b>	<b>EUR</b>
Zuführung zweckgebundene Rücklagen (Stift./Fonds)	-1.065.231,39	EUR
Entnahme zweckgebundene Rücklagen (Stift./Fonds)	373.275,25	EUR
<b>Summe Veränderungen zweckgebundene Rücklagen</b>	<b>-691.956,14</b>	<b>EUR</b>
<b>Gesamtsumme Ergebnisverwendung</b>	<b>-525.699.512,52</b>	<b>EUR</b>

1.2 Der Jahresüberschuss wird im Rahmen der Ergebnisverwendung folgenden passiven Bilanzpositionen zugeführt bzw. entnommen:

### 1.1 Basiskapital

Zuführung zum Stiftungskapital in Höhe von **138.004,70 EUR**

Entnahme vom Stiftungskapital in Höhe von **59.184,21 EUR**

### 1.2 Rücklagen

1.2.1 Zuführung zur Rücklage für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von **505.243.815,39 EUR**

1.2.2 Zuführung zur Rücklage für Überschüsse des Sonderergebnisses in Höhe von **19.684.920,50 EUR**

1.2.3 Zuführungen zu zweckgebundenen Rücklagen (Stiftungen/Fonds) in Höhe von **1.065.231,39 EUR**

Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen (Stiftungen/Fonds) in Höhe von **373.275,25 EUR**

## 2. Bilanz zum 31.12.2018 (Anlage 2)

2.1. Die Bilanz zum 31.12.2018, schließt mit einem **Bilanzvolumen** in Höhe von

**10.378.668.540,15 EUR ab:**

Immaterielle Vermögensgegenstände	8.907.193,84	EUR
Sachvermögen	4.701.775.182,06	EUR
Finanzvermögen	5.116.898.988,79	EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	551.087.175,46	EUR
<b>Gesamtbetrag auf der Aktivseite</b>	<b>10.378.668.540,15</b>	<b>EUR</b>
Basiskapital	6.019.675.129,83	EUR
Rücklagen	2.719.482.492,56	EUR
Sonderposten	961.699.807,58	EUR
Rückstellungen	417.904.282,16	EUR
Verbindlichkeiten	167.903.103,03	EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	92.003.724,99	EUR
<b>Gesamtbetrag auf der Passivseite</b>	<b>10.378.668.540,15</b>	<b>EUR</b>

2.2. Innerhalb der „Rücklage für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses“ werden für sonstige bestimmte Zwecke (vgl. Anlage 2, Seite 19, davon-Positionen 1.2.1.1 bis 1.2.1.15) Mittel in Höhe von **1.062.709.889,57 EUR** gebunden:

Parkmöglichkeiten	3.464.711,15 EUR
Projektmittelfonds Zukunft der Jugend	10.225.837,62 EUR
Risiko-Beteiligung an Stuttgart 21	23.471.119,06 EUR
Wohnungsbauförderung	13.337.371,74 EUR
Bündnis für Mobilität und Luftreinhaltung	43.060.850,00 EUR
Klinikum Stuttgart (Neubau Katharinenhospital)	200.000.000,00 EUR
Kulturelle Infrastruktur (Opernsanierung, Lindenmuseum, Neuer Konzertsaal u.a.)	196.500.000,00 EUR
Erwerb der Wasserversorgung	110.000.000,00 EUR
Rosensteintunnel (Projektrisiken/Zusatzkosten)	35.150.000,00 EUR
Investitionszuschuss an SSB	57.500.000,00 EUR
Wohnraumoffensive Stuttgart	150.000.000,00 EUR
Radinfrastruktur	20.000.000,00 EUR
Klimaschutzfonds	200.000.000,00 EUR

### 3. Gesamtf finanzrechnung 2018 (Anlage 3)

Die Gesamtf finanzrechnung schließt mit einer positiven **Änderung des Finanzierungsmittelbestands** in Höhe von **389.383.276,82 EUR** ab:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.618.342.426,78	EUR
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.012.930.423,35	EUR
<b>Zahlungsmittelüberschuss der Ergebnisrechnung</b>	<b>605.412.003,43</b>	<b>EUR</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	53.270.558,46	EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-248.015.019,99	EUR
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-194.744.461,53</b>	<b>EUR</b>
<b>Finanzierungsmittelüberschuss</b>	<b>410.667.541,90</b>	<b>EUR</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	0,00	EUR
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-21.284.265,08	EUR
<b>Saldo aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-21.284.265,08</b>	<b>EUR</b>

<b>Änderung Finanzierungsmittelbestand</b>	<b>389.383.276,82</b>	<b>EUR</b>
Nachrichtlich: Ermächtigungsübertragungen 2018	792.027.653,91	EUR
Überschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Ein-/Auszahlungen	-444.209.727,18	EUR
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	119.955.535,01	EUR
Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln	-54.826.450,36	EUR
Endbestand an Zahlungsmitteln	65.129.084,65	EUR

#### 4. Übertragung von Budgetresten (Ermächtigungsübertragungen 2018)

Im **Ergebnishaushalt** werden zur Übertragung der konsumtiven Budgetreste 2018 in die Ämterbudgets 2019 **Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von **133.885.796,44 EUR** gemäß Anlage 4 zugelassen.

Im **Finanzhaushalt** werden zur Übertragung der investiven Budgetreste 2018 in die Ämterbudgets 2019 **Ermächtigungsübertragungen** in Höhe von **658.141.857,47 EUR** gemäß Anlage 4 zugelassen.

Die Ermächtigungsübertragungen sind im Jahresergebnis nicht enthalten und belasten künftige Ergebnis- bzw. Finanzhaushalte und verringern den Finanzierungsmittelbestand entsprechend.

#### 5. Im Haushaltsplan 2018 wird folgende über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung zugelassen:

Teilergebnishaushalt	Amtsbereich	Kontengruppe	Betrag
370 Branddirektion	3709020 Sonstige	400 Personalaufwendungen	1.120.000,00 EUR
		<b>Summe</b>	<b>1.120.000,00 EUR</b>

Die Finanzierung der Mehraufwendungen erfolgt wie in der Begründung angegeben (vgl. Seite 12).

#### 6. Mittelumsetzungen vom Finanz- in den Ergebnishaushalt

Aufgrund der Ziffern I.4 und I.5 der Haushaltsvermerke im Doppelhaushaltsplan 2018/2019 werden vom Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt Mittel wie folgt umgesetzt:

- Ziffer I.4 in Höhe von 23.568.788,61 EUR  
(Umsetzung von Investitionsmitteln zur Deckung von Mehraufwendungen für Instandhaltungs-/Unterhaltungsmaßnahmen und den Erwerb von beweglichem Sachvermögen)
- Ziffer I.5 in Höhe von 25.265.190,29 EUR  
(Umsetzung von in Pauschalen veranschlagten Mitteln)

Den entsprechenden Mehraufwendungen wird zugestimmt.

## 7. Gliederungstiefe Planvergleich nach § 51 GemHVO

Der Planvergleich des Jahresabschlusses nach § 51 GemHVO wird weiterhin bis zur Gliederungsebene der Teilhaushalte und mindestens nach der Gliederung der §§ 2 - 4 GemHVO aufgestellt.

Weitere Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 24.07.2019, GRDRs 589/2019 Ergänzung, mit folgendem

### Beschlussantrag:

**Aufgrund der Vorberatung durch den Verwaltungsausschuss wird der Beschlussantrag in Ziffer 2.2 neugefasst:**

#### **2. Bilanz zum 31.12.2018 (Anlage 2)**

##### 2.1 *unverändert*

2.2 Innerhalb der "Rücklage für Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses" werden für sonstige bestimmte Zwecke (vgl. Anlage 2, Seite 19, davon-Positionen 1.2.1.1 bis 1.2.1.15) Mittel in Höhe von **1.082.709.889,57 EUR** gebunden:

Parkmöglichkeiten	3.464.711,15 EUR
Projektmittelfonds Zukunft der Jugend	10.225.837,62 EUR
Risiko-Beteiligung an Stuttgart 21	23.471.119,06 EUR
Wohnungsbauförderung	13.337.371,74 EUR
Bündnis für Mobilität und Luftreinhaltung	43.060.850,00 EUR
Klinikum Stuttgart (Neubau Katharinenhospital)	200.000.000,00 EUR
Kulturelle Infrastruktur (Opernsanierung, Lindenmuseum, Neuer Konzertsaal u. a.)	196.500.000,00 EUR
Erwerb der Wasserversorgung	110.000.000,00 EUR
Rosensteintunnel (Projektrisiken/Zusatzkosten)	35.150.000,00 EUR
Investitionszuschuss an SSB	57.500.000,00 EUR
Wohnraumoffensive Stuttgart	150.000.000,00 EUR
Radinfrastuktur	20.000.000,00 EUR
Klimaschutzfonds	200.000.000,00 EUR
<b>Stärkung der SVV</b>	<b>20.000.000,00 EUR</b>

Die Ergänzung der GRDRs 589/2019 ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Vorab erinnert OB Kuhn an die vereinbarte Redezeit von jeweils drei Minuten.

StR Kotz (CDU) bekundet seine Freude über diesen "sehr guten Jahresabschluss", der es ermögliche, wichtige Projekte - Oper, Reagieren auf den Klimawandel - für die Zukunft abzusichern, die Grundsteuersenkung um ein Jahr zu verlängern und das Kapital der SVV etwas zu erhöhen. Seine Fraktion werde dem auf ihren Vorschlag hin ergänzten Beschlussantrag zustimmen.

Als gutes Zeichen empfindet es auch StR Winter (90/GRÜNE), dass der alte Gemeinderat in seiner letzten Sitzung eine Rücklage für eine Zukunftsaufgabe - weitergehende Maßnahmen für das Weltklima und das Klima in Stuttgart - beschließt.

Dagegen bedauert StR Körner (SPD), dass die Stadt den guten Jahresabschluss nicht dazu nutzt, um zentrale städtische Kernaufgaben - bei den BBS, der Feuerwehr, den Pflegeheimen und insbesondere der SSB-Infrastruktur - zu finanzieren. Statt in Aktien und Rentenpapieren sollte das SVV-Vermögen in die städtische Daseinsvorsorge investiert werden bzw. auch in eine Stuttgart-Zulage, um städtische Beschäftigte zu halten und neue zu gewinnen. Der letzte Punkt, warum seine Fraktion den Jahresabschluss ablehnen werde, sei die Grundsteuersenkung, die diejenigen belohne, die den größten Flächenverbrauch hätten.

StR Rockenbach (SÖS-LINKE-PluS) räumt ein, dass sich ein Überschuss von über einer halben Milliarde Euro gut anhöre, wenngleich Überschüsse seit zehn Jahren nichts Neues seien. Doch spare man an der falschen Stelle, nämlich beim Personal, das dann fehle, um die finanzierten Projekte umsetzen zu können. Dies werde bei den 200 Mio. € für den Klimaschutz nicht anders sein als bei den 150 Mio. € für Wohnungsbau. Er kritisiert einmal mehr, dass der Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft, den Klimanotstand auszurufen, bislang nicht beschlossen worden sei.

Der gute Jahresabschluss ermögliche, so StRin von Stein (FW), neben dem Thema Klima noch weitere wichtige Aufgaben bewältigen zu können, z. B. hinsichtlich des Wohnungsbaus, des Ausbaus des ÖPNV, der Schulsanierung und des Schulneubaus sowie der Schaffung der bis 2025 fehlenden 2.000 Pflegeplätze. Voraussetzung dafür sei jeweils ausreichendes Personal.

StR Dr. Oechsner (FDP) dankt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für die hervorragenden Zahlen. Seine Gruppierung stimme der Verwendung des Überschusses zu, bei der das Personal seiner Auffassung nach selbstverständlich berücksichtigt sei. Über die 20 Mio. € für die SVV könne man noch diskutieren.

Nach Ansicht von StR Klingler (BZS23) zeigten die Gewinne, dass man der Bürgerschaft und den Unternehmen zu viel Geld abgenommen habe. Das schwäche den Wohn- und Unternehmensstandort Stuttgart. Angesichts der Negativzinsen bei Termingeldern sollte die Finanzierung des ÖPNV auf andere Füße gestellt werden. Wichtig wäre auch eine Rücklage im Bereich Mobilität.

Nicht nachvollziehen kann StR Dr. Schertlen (SchUB), dass die Stadt trotz jahrelanger hoher Überschüsse ihrer Bürgerschaft zu erklären versuche, dass z. B. für den Nachtverkehr bei der U-Bahn, Wohnungsbau, Sanierung der Straßen oder Personal kein Geld vorhanden sei.

Für den erfreulichen Jahresabschluss dankt StR Brett (AfD) den Bürgern, Firmen, Mitarbeitern insbesondere in der Stadtkämmerei sowie dem früheren Finanzbürgermeister, der die Stadt schuldenfrei gemacht habe. Statt der erhöhten Rücklage hätte er es allerdings lieber gesehen, wenn mit dem Geld die Schulden der Eigenbetriebe getilgt worden wären. Und die Stadt sollte damit auch nicht am Kapitalmarkt spekulieren, sondern die Steuern senken, z. B. die Grundsteuer halbieren.

OB Kuhn wendet sich an StR Rockenbauch, dem er vorwirft, in Bezug auf den Klimaschutzfonds gezielt Desinformation zu verbreiten. Richtig sei vielmehr, dass die Verwaltung mit ihm an der Spitze ein Klimaschutzprogramm geschrieben habe und vorschlage, dies zu konkretisieren und dafür in den kommenden Doppelhaushalt 200 Mio. € einzustellen. Seines Wissens habe keine deutsche Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen habe, dies konkretisiert und mit Mitteln für Sachkosten, Investitionen und Personal unterlegt. Nicht nachvollziehen könne er, dass die Fraktionsgemeinschaft gegen die Einrichtung des Klimaschutzfonds stimmen wolle.

Ebenfalls gegenüber StR Rockenbauch erinnert StR Winter daran, dass man gemeinsam einen Ausschuss für Klima und Umwelt geschaffen habe, in dem all dies diskutiert werden könne. Im Übrigen gehörten diese Themen in die Haushaltsplanberatungen.

StR Dr. Fiechtner (BZS23) äußert sich zur Flüchtlingspolitik und definiert die Bezeichnung "Flüchtlinge".

Seine Fraktion unterstütze die Absicht, für den Klimaschutzfonds 200 Mio. € zurückzulegen, betont StR Körner. Sie hätte sich allerdings gewünscht, dass die Verwaltung die in Zusammenhang mit dem Masterplan Klimaschutz vor fast zwei Jahren angekündigten konkreten Maßnahmen bereits vor der Sommerpause vorgelegt hätte. Dennoch lehne sie den Jahresabschluss ab, weil, wie er bereits dargelegt habe, die Grundsteuer gesenkt werden solle und dem Antrag, mit der Gewerkschaft über die Stuttgart-Zulage zu sprechen, nicht stattgegeben worden sei.

StR Rockenbauch stellt klar, dass seine Fraktionsgemeinschaft den Klimaschutzfonds an keiner Stelle abgelehnt habe. Sie halte ihn nur nicht für konkret genug. In diesem Zusammenhang müsse auch ein strukturelles Problem des Haushalts - das zur Planung und Umsetzung fehlende Personal - gelöst werden, da man andernfalls mit den 200 Mio. € nichts bewirken könne. Mit dem Ausrufen des Klimanotstands würde man zugleich das strategische Ziel beschließen, bis 2035 klimaneutral zu sein. Und hier sehe seine Fraktionsgemeinschaft sich in ihrem Recht beschnitten, einen Antrag auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen.

StR Kotz macht darauf aufmerksam, dass OB Kuhn ohne die CDU-Fraktion keine Mehrheit für seinen Jahresabschluss erhalte.

Abschließend stellt OB Kuhn fest:

Der Gemeinderat beschließt die GRDRs 589/2019 in der ergänzten Fassung mit 38 Ja- und 14 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen mehrheitlich.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

## Verteiler:

- I. Referat WFB  
zur Weiterbehandlung  
Stadtkämmerei (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat SOS
  5. Referat JB
  6. Referat SI
  7. Referat SWU
  8. Referat T
  9. GPR (2)
  10. Rechnungsprüfungsamt
  11. L/OB-K
  12. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR